

# Makroökonomie

Thomas Mirow

## Wider die Angststarre vor der Globalisierung

*Deutschland – ein Streichelzoo für »Heuschrecken«?*

Eine nüchterne Debatte um politische Handlungsmöglichkeiten in der globalisierten Welt erscheint dringlicher denn je. Gustav A. Horn eröffnete den NG/FH-Diskurs mit einem Plädoyer für einen »modernen Keynesianismus«. Während Dierk Hirschel und Martin Stuber die Gewerkschaftsstrategie einer nachhaltigen Unternehmenspolitik zu entwickeln versuchten, riet Ulrich Pfeiffer dringend davon ab, die neue Realität nur nach Kriterien alter deutscher Lösungswege zu bemessen. Auch Thomas Mirow warnt im Folgenden davor, weiterhin mit wenig tauglichen Mitteln gegen die Tatsache eines entstandenen Ungleichgewichts zwischen Kapital und Arbeit anzurennen.

Dierk Hirschel und Martin Stuber veröffentlichten in der April-Ausgabe der FRANKFURTER HEFTE ihren Artikel »Made in Germany – im Griff der Finanzmärkte«. Die Autoren setzen sich kritisch mit aktuellen Entwicklungen der Globalisierung auseinander. Dabei trauern sie offenbar der *Deutschland AG* vergangener Zeiten hinterher: Diese sei von der alten Bundesregierung zu Grabe getragen worden, um eine Aktionärsdemokratie zu befördern, die sich allerdings als Fiktion erwiesen habe. Stattdessen prägten kurzfristiges *Shareholder-Value*-Denken und ein anonymer Aktionärskapitalismus das Bild. In ihrer Bewertung verweisen sie mit einem steten Hauch von Polemik u.a. auf vermeintliche Entwicklungslinien, die sich thesenhaft wie folgt zusammenfassen lassen:

*Erstens:* Die Bundesregierung habe in der Vergangenheit wirtschaftspolitisch zu liberal auf die Globalisierung reagiert.

Sie ordne sich auch aktuell mehr oder weniger anonymen Finanzmarktinteressen unter mit der Konsequenz, dass die soziale Balance der Gesellschaft gefährdet sei.

*Zweitens:* Die zunehmende Kapitalmarktorientierung und das mit ihm verbundene Kurzfristdenken seien kein geeignetes Steuerungsinstrument, um die Unternehmen und damit die Wirtschaft insgesamt zu einem volkswirtschaftlich sinnvollen Ganzen zu koordinieren. Das *Shareholder-Value*-Konzept setze auf Umverteilung zu Lasten des Faktors Arbeit und der Umwelt und nicht auf organisches Wachstum der Unternehmen; Geld werde aus der Realwirtschaft in die Finanzsphäre umgeleitet – zum gesamtwirtschaftlichen Nachteil, die Qualitätsproduktion erodiere.

Unbestritten ist: Globalisierung und dynamischer technischer Fortschritt sind

die treibenden Kräfte des wirtschaftlichen und sozialen Wandels unserer Zeit. Und die Vertreter von Arbeitnehmerinteressen haben hier einen schweren Stand. Denn durch die Globalisierung hat sich die Balance zwischen Kapital und Arbeit verschoben. Der relative Wert des Kapitals für die sich herausbildende Wissensgesellschaft hat zugenommen, auch weil es mobil ist und auf der ganzen Welt investiert werden kann, während der relative Marktwert von gering qualifizierter Arbeit in Ländern wie Deutschland gesunken ist. Dies ist eine Tatsache, die man insbesondere als Gewerkschafter beklagen kann, die man aber akzeptieren muss und auf die man mit konstruktiven Vorschlägen reagieren sollte.

Natürlich stimmt es auch, dass viele Menschen der Globalisierung und dem technischen Wandel mit Unsicherheit und Angst begegnen, weil sie sich den neuen Herausforderungen nicht gewachsen fühlen, oft wegen mangelnder Bildung und veraltetem Wissen. Diese Sorgen sind verständlich. Wir haben aber allen Grund, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu haben und zu stärken.

Deutschland gehört – allen Berufspessimisten zum Trotz – zu den klaren Gewinnern, nicht zu den Opfern der Globalisierung. Wir haben eine offene und ausgesprochen exportstarke Wirtschaft. Unsere Unternehmen sind wettbewerbsfähig, auch weil unsere bedeutendsten Ressourcen – Bildung und Wissen – noch wichtiger geworden sind. Allerdings besitzen wir hier keine Monopole, sondern müssen unseren Vorsprung jeden Tag aufs Neue verteidigen.

### **Neues Wachstum – Neue Arbeitsplätze**

Hirschels und Stubers reichlich pessimistische Thesen scheinen nicht zuletzt von den Eindrücken der schwierigen wirtschaftlichen Lage geprägt zu sein, die

Deutschland zwischen 2001 und 2005 erlebt hat. Neben konjunkturellen Gründen dürfte dabei die notwendige Restrukturierung unserer Volkswirtschaft nach der Wiedervereinigung eine entscheidende Rolle gespielt haben. Mittlerweile aber sind wir auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen. Und seit letztem Jahr registrieren wir eine überaus erfreuliche Entwicklung: Die deutsche Wirtschaft ist zuletzt sogar schneller gewachsen, als das in den USA der Fall war, und die Aussichten für die Jahre 2007 und 2008 sind kaum schlechter. Deutschland ist wieder Wachstumslokomotive in der Europäischen Union. Die Produktivität ist wieder gestiegen. Die Investitionen ziehen an. Die Arbeitslosigkeit geht deutlich zurück. Jeden Monat entstehen tausende von neuen sozialversicherungspflichtigen Jobs. Wesentlich dafür waren große Konsolidierungsanstrengungen der Unternehmen und der moderate Lohnkurs der Gewerkschaften. Und auch die Politik – das gilt insbesondere für die Reformagenda 2010 und die Maßnahmen der Großen Koalition der letzten anderthalb Jahre – hat daran ihren Anteil.

Die gegenwärtige Bundesregierung hat mit ihrer finanzpolitischen Doppelstrategie, die auf strukturelle Konsolidierung und die Förderung von Wachstum und Entwicklung setzt, ökonomisch genau das Richtige getan. Insgesamt werden in den Jahren 2006 bis 2009 zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse in Höhe von rd. 25 Mrd. EURO aus dem Bundeshaushalt finanziert. Wir stärken u.a. Mittelstand und Wirtschaft, erhöhen Verkehrsinvestitionen und verstärken die Förderung von Forschung und Entwicklung. Auch das Timing der Maßnahmen – von Wirtschaftsverbänden wie Gewerkschaften zunächst kritisiert – war in Bezug auf die konjunkturelle Entwicklung goldrichtig. Weil die Finanzpolitik gerade nicht – wie von Hirschel/Stuber unterstellt – konjunkturblind kon-

solidiert, kommt es allerdings jetzt darauf an, die konjunkturell guten Zeiten zu nutzen, um die strukturelle Konsolidierung der öffentlichen Finanzen entschieden voranzutreiben.

### **Herausforderungen der Globalisierung annehmen**

Der Vorwurf, die Bundesregierung habe in der Vergangenheit wirtschaftspolitisch zu liberal auf die Globalisierung reagiert, ist nicht berechtigt. Ich setze dagegen:

*Erstens:* Wir können und wollen nicht wieder zurück in die Zeiten der verkrusteten *Deutschland AG*, in der volkswirtschaftlich sinnvolle Umstrukturierungen wegen der wechselseitigen Verflechtungen selten möglich waren und die Unternehmen disziplinierende Konsequenzen seitens der Finanzmärkte kaum fürchten mussten. Dies sollte auch nicht im Interesse der Gewerkschaften liegen. Knappe Ressourcen müssen dort eingesetzt werden, wo sie aus gesamtwirtschaftlicher Sicht den größten Nutzen bringen.

*Zweitens:* Wir stellen uns der Globalisierung mit offenen Märkten, durch die auch weniger entwickelte Volkswirtschaften mit hunderten von Millionen Menschen die Möglichkeiten haben, in den Kreis der entwickelten Volkswirtschaften aufzuschließen. Unser Land muss sich den Herausforderungen der Globalisierung stellen. Wir leben nicht auf einer einsamen Insel. Abschottung bringt uns nicht weiter. Zudem profitieren wir von der Globalisierung wie wenige andere Industriestaaten. Wenn wir auch zukünftig zu den Globalisierungsgewinnern zählen wollen, brauchen wir weitere Reformen, um unser Wirtschafts- und Sozialsystem auf die umstürzenden Veränderungen in der Welt auszurichten.

*Drittens:* Die Globalisierung führt in der Tat zu neuen sozialen Herausforderungen, zu der Frage, wie unter diesen Bedingungen Wohlstand verbreitert und

sozialer Zusammenhalt gewährleistet werden kann. Ein moderner Sozialstaat ist unter diesen Bedingungen ein vorsorgender Sozialstaat. Dies heißt zum einen: Er darf den Strukturwandel nicht bremsen. Und zum anderen: Der moderne Sozialstaat muss den Fliehkräften in unserer Gesellschaft entgegenwirken und den Menschen »soziale Brücken« bauen, um ihre Beschäftigungschancen zu verbessern, gesellschaftliche Mobilität zu erhöhen, soziale Teilhabe zu erleichtern und so in unserer Gesellschaft mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen. Ein moderner Sozialstaat ist ein aktivierender Sozialstaat, der Hilfe zur Selbsthilfe gibt. Die mit Abstand stärkste und breiteste »soziale Brücke« heißt: Bildung.

*Viertens:* Wir lassen die Globalisierung nicht willenlos über uns ergehen, sondern bemühen uns darum, sie aktiv mitzugestalten. Dies wird z.B. in unserer Finanzmarktpolitik deutlich, aber auch in unseren Aktivitäten während der deutschen Ratspräsidentschaft in der EU und beim G7/G8-Vorsitz. Was wir brauchen, ist eine Stärkung der internationalen Rahmenbedingungen. Wir haben allen Grund, nachdrücklich für das europäische Wirtschaftssystem mit seinen stabilen demokratischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen und seinen Mechanismen des Interessenausgleichs zwischen Kapital und Arbeit als Modell für die ordnungspolitische Gestaltung der Globalisierung einzutreten.

### **Chancen und Risiken der Finanzmärkte: Aktuelle Aufgaben der Bundesregierung**

Auch die übermäßig kritische Sicht des Finanzmarktgeschehens von Hirschel und Stuber vermag ich nicht zu teilen. Es führt leicht in die Irre, wenn man relativ pauschal die »gute« Realwirtschaft gegen die angeblich verwerfliche »Finanzwirtschaft« ausspielen will. Ausagen von Hirschel/Stuber, wie »Geld

*holder-Value*-Denken auch in Deutschland zu einer zunehmenden Kurzfristorientierung der Unternehmen führen. Auf der anderen Seite sehen wir gerade jetzt eine Vielzahl von deutschen Unternehmen, etwa im Maschinenbau, die es zu einer führenden Stellung im Weltmarkt gebracht haben, weil ihre Manager langfristig gedacht haben. Sie waren und sind dafür bereit, Investitionen in die Mitarbeiter des Unternehmens oder in den Bereich der *Corporate Social Responsibility* zu tätigen. Auch das Bewusstsein der Unternehmen für ihre gesellschaftliche und soziale Verantwortung hat in den letzten Jahren vielfach zugenommen. Und nicht zuletzt sehen wir, dass gerade die Finanzmärkte die angesichts des Klimawandels erforderlichen Investitionen in hohem Maße antreiben.

werde aus der Realwirtschaft in die Finanzsphäre umgeleitet«, sind so nicht nachvollziehbar. Es wird häufig vergessen, dass Real- und Finanzwirtschaft durchaus zwei Seiten derselben Medaille sind. Die Finanzmärkte leisten einen wichtigen Beitrag zum effizienten Einsatz knapper Ressourcen in den Unternehmen und in der Welt. So gesehen sind funktionierende und leistungsstarke Finanzmärkte – immer vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen stimmen – eines der wichtigsten Elemente gerade auch einer ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik, eben weil sie mit knappen Ressourcen höchst effizient umgehen.

Sicherlich besteht die Gefahr, dass Kapitalmarktorientierung und *Share-*

Gewiss: Manche Forderungen werden von Hirschel/Stuber zu Recht erhoben, etwa eine stärkere Beteiligung breiterer Bevölkerungskreise am Aktienvermögen; langfristig ist dies gerade auch für die Altersvorsorge sinnvoll. Oder eine weitere Stärkung der *Corporate Social Responsibility* der Unternehmen sowie eine Weiterentwicklung der *Corporate Governance* und des Aufsichtsrates, um Missmanagement, kurzfristigem und kurzfristigem Vorteilsdenken und Gier des Managements von Unternehmen einen Riegel vorzuschieben. Sinnvoll ist auch ein Mehr an Transparenz in den Eigentumsverhältnissen der Unternehmen.

Und an den Finanzmärkten wollen wir eine bessere Transparenz erreichen und dabei insbesondere etwas mehr über die

Tätigkeiten von *Hedge-Fonds* erfahren. Wir machen uns ebenfalls gegenwärtig Gedanken über eine Verbesserung von Regeln, die auf unerwünschte Auswirkungen der Tätigkeit von *Private Equity Fonds* abzielen. So verfolgt die Bundesregierung sehr aufmerksam die Strategien von Finanzunternehmen und deren potenzielle Gefahren sowohl hinsichtlich der Finanzmarktstabilität als auch hinsichtlich der Effekte für die Unternehmen, ihrer Arbeitnehmer, Gläubiger und Anteilseigner. Von einer Unterordnung der Politik unter Finanzmarktinteressen kann daher nicht die Rede sein.

Angesichts des hohen Anlagevolumens und der sich rasch ausweitenden Kreditbeziehungen zwischen *Hedge-Fonds* und (regulierten) Finanzinstitutionen stellt sich insbesondere die Frage nach möglichen systemischen Risiken, die von *Hedge-Fonds* für die internationale Finanzstabilität ausgehen können. Allerdings ist eine direkte gesetzliche Regulierung international derzeit nicht durchsetzbar. Sie ist auch nicht zwingend, wenn sich der indirekte aufsichtsrechtliche Ansatz bewährt, der auf Marktdisziplin baut und beim Risikomanagement der regulierten Geschäftspartner (insbesondere Banken) der *Hedge-Fonds* ansetzt.

Zur Ergänzung des indirekten Ansatzes wäre allerdings eine Stärkung der Marktdisziplin durch eine Verbesserung der Transparenz bei *Hedge-Fonds* wünschenswert. Transparenz ist eine notwendige Voraussetzung, damit eine angemessene Marktdisziplinierung durch Geschäftspartner (Kreditgeber, Kontrahenten) und Investoren ausgeübt werden kann. Zielführend sind hier aber nur international abgestimmte Maßnahmen. Daher hat die Bundesregierung das Thema *Hedge-Fonds* auf die Agenda ihrer diesjährigen EU- und G7/G8-Präsidentschaft gesetzt, mit dem Ziel, einen Verhaltenskodex zu entwickeln, mit dessen

Hilfe sich die systemischen Risiken nachhaltig begrenzen lassen.

Auch im Bereich von *Private Equity* gilt es, potenziell negative Auswirkungen von Beteiligungskapital nicht aus den Augen zu verlieren. Eine Auszehrung gesunder Unternehmen durch *Private Equity Fonds*, die die langfristige Lebensfähigkeit von Portfolio-Unternehmen und Arbeitsplätze gefährdet, ist nicht erwünscht. Vor diesem Hintergrund befassen wir uns auch mit der Frage, mit welchen Maßnahmen potenziell negativen Entwicklungen entgegengewirkt werden kann. So ist beispielsweise überlegenswert, die Transparenz bei Unternehmensbeteiligungen zu erhöhen, Möglichkeiten der Kommunikation zwischen Unternehmen und den Inhabern von Namensaktien zu verbessern oder Mitbestimmungs- und Informationsrechte der Belegschaften bei Übernahmen zu konkretisieren.

### **Globalisierung sorgt auch für soziale Sicherheit**

Klar ist: Globalisierung bringt auch und gerade uns in Deutschland Wachstum und Beschäftigung und damit zugleich soziale Sicherheit. Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer aktuellen EU- und G7/G8-Präsidentschaft aber auch verdeutlicht: Wir müssen und wollen Globalisierung gestalten. Regierungen und internationale Organisationen stehen hier an erster Stelle in der Pflicht. Gefordert sind ebenfalls die Sozialpartner, die Unternehmen und nicht zuletzt die Zivilgesellschaft.

Der globale Kapitalverkehr leistet einen wichtigen Beitrag zur weltwirtschaftlichen Verflechtung und internationalen Arbeitsteilung. Um Fehlentwicklungen zu verhindern bedürfen seine Rahmenbedingungen jedoch großer Aufmerksamkeit und zielgerichteten Handelns – ohne Scheuklappen, mit viel Realismus und in enger Abstimmung mit anderen Nationen und Wirtschaftsräumen.